

### 3. Korruptionsanfälliger Justizvollzug?

Interpellation Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach), Alex Gantner (FDP, Maur), René Isler (SVP, Winterthur) vom 20. Juni 2022

KR-Nr. 203/2022

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* Es beantwortet die dringliche Interpellation mündlich Justizdirektorin, Regierungsrätin Jacqueline Fehr.

*Regierungsrätin Jacqueline Fehr:* Erlauben Sie mir eine kurze Vorbemerkung: Wenn die Antwort auf die Fragen etwas kurz ausfällt, ist das nicht Ausdruck einer fehlenden Wertschätzung dem Kantonsrat gegenüber, sondern der Tatsache geschuldet, dass bei Vorkommnissen im Justizvollzug selten alles transparent der Öffentlichkeit offengelegt werden kann. Ich sage das aus sehr aktuellem Anlass, die GPK (*Geschäftsprüfungskommission*) ist darüber informiert. Diese Diskussion muss deshalb auch vorwiegend in der GPK geführt werden können, weil dort die Transparenz geschaffen werden kann, was hier im öffentlichen Raum nicht in diesem Ausmass getan werden kann, wie Sie sich das allenfalls wünschen. Und ich weise deshalb noch einmal darauf hin, dass ich das aus sehr aktuellem Anlass sage, denn Vorfälle in Gefängnissen im Kontext mit Schmuggel sind meist in einem grösseren kriminellen Zusammenhang zu sehen und auch zu ermitteln. Und da laufen Strafverfahren und die sind nun mal eben nicht öffentlich.

Ich komme nun zur Antwort auf die verschiedenen Fragen. Gemäss Paragraf 58 der Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung liegt die Zuständigkeit für den Justizvollzug bei der Direktion der Justiz und des Innern. Innerhalb der Direktion wird der Justizvollzug vom JuWe, Amt für Justizvollzug und Wiedereingliederung, wahrgenommen. Auf Deutsch gesagt, Sie fragen nach der Verantwortung: Ich trage die Verantwortung.

Zur Frage 2: Fehlverhalten von Mitarbeitenden sind selten, sie können aber nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Keine Kontrolle kann eine absolute Sicherheit bieten.

Zu Frage 3: Die Zusammenarbeit in den Gefängnissen ist geprägt von Vertrauen der Mitarbeitenden und Führungskräfte untereinander und einer verantwortungsvollen Aufgabenausführung. Dies ist für die Sicherheit in einem Gefängnis wesentlich. Kontrollen würden dieses Vertrauen beschädigen und unter dem Strich die Sicherheit vermindern.

Frage 4: Externe Personen werden bei Zutritt in ein Gefängnis kontrolliert.

Zu Frage 5: Die Warenflüsse werden kontrolliert. Und wenn die Waren nicht kontrollierbar sind, zum Beispiel bei offenen Packungen oder Flüssigkeiten, werden sie nicht angenommen oder zurückgeschickt.

Frage 6: Der Kampf gegen den Schmuggel und, damit einhergehend, gegen die missbräuchliche Verwendung von Handys und den Konsum von illegalen Substanzen ist in jedem Gefängnis der Welt eine Daueraufgabe. Klammer: Es gibt kein Gefängnis auf dieser Welt ohne täglichen Kampf gegen Schmuggel. Genauso

wenig kann die Möglichkeit ausgeschlossen werden, dass von einem hineingeschmuggelten Handy Nachrichten verschickt werden.

Zu Frage 7: Der Kanton Zürich ist ein sicherer Kanton. Dies belegen die jährlich publizierten Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung. Ebenso zeigen die Kennzahlen des Justizvollzugs keine Zunahme ausserordentlicher Ereignisse in den letzten Jahren.

Zu Frage 8: Die Mitarbeitenden und das Kader des Zürcher Justizvollzugs leisten in einem anspruchsvollen Umfeld eine sehr gute Arbeit. Sie geniessen das volle Vertrauen ihrer Vorgesetzten. Die Mitarbeitenden werden laufend geschult und, wo zweckdienlich, mit technischen Geräten ausgerüstet.

Zu Frage 9: Der Justizvollzug und gerade auch die Untersuchungshaft des Kantons Zürich gelten in der Schweiz und im angrenzenden Ausland als vorbildlich. Erst kürzlich wurde das Gefängnis Pfäffikon mit einem Award als eines der fünf besten europäischen Gefängnisse ausgezeichnet.

Zu Frage 10: Die Bemühungen gegen jegliche Form von illegalem Verhalten ist eine Daueraufgabe. Dabei werden die Massnahmen laufend an neue Herausforderungen angepasst. Im Rahmen der Rekrutierung, Ausbildung und Weiterbildung werden die Mitarbeitenden geschult und während der Arbeit unterstützt.

*Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach):* Ja, mit Verlaub, werte Regierungsrätin, Ihre Antworten sind nicht mehr als ein Scheingefecht, um von Pleiten, Pech und Pannen im Justizvollzug abzulenken. Der Justizvollzug kommt ganz offensichtlich nicht mehr aus den Negativschlagzeilen, und Sie können mir nicht erzählen, dass dies ein gutes und vor allem ein sicheres Gefühl bei den Bürgerinnen und Bürgern hinterlässt. Schon die besorgniserregenden Ereignisse der Vergangenheit haben nicht zur Vertrauensbildung in unserem Justizvollzug beigetragen, aber der aktuelle Fall schlägt dem Fass den Boden aus. Und ich frage Sie hier in die lauschige Runde: Was bitte muss denn alles sonst noch passieren, damit Sie sich endlich eingestehen, dass wir ein Problem beim Justizvollzug haben; da hilft alles Schönreden der Justizdirektorin nichts. Und vor allem: Was muss denn alles noch passieren, bis die Justizdirektion endlich handelt? Ich hoffe, es findet es hier drin niemand normal, dass man im Gefängnis an Handys und Drogen kommt. Und ich hoffe, es ist allen hier drin klar, dass die Strafverfolgung ad absurdum geführt wird, wenn jemand im Knast telefonieren kann und so zum Beispiel Tatbeteiligte instruieren kann.

Das Argument, man könne nicht verhindern, dass unerlaubte Gegenstände, also auch zum Beispiel Drogen und Handys, ins Gefängnis geschmuggelt werden, ist eine Schutzbehauptung dafür, nicht aktiv werden zu müssen und diesem unsäglichem Treiben ein Ende zu setzen oder es zumindest zu versuchen. Jetzt muss ich sehr deutlich werden: Wir haben ein hausgemachtes Problem. Denn wenn die Justizdirektion nicht willens ist, diesen Gesetzesbruch wenigstens versuchsweise zu verhindern, dann ist es ein eindeutiges Zeichen, dass der Fisch vom Kopf her stinkt. Ich zitiere hier gerne einen ehemaligen Stabsmitarbeiter, Zitat anfang: «Das Risiko, beim Einschmuggeln von Handys oder Drogen erwischt zu werden, ist

gleich null, da keinerlei Stichprobenkontrollen beim Personal mehr vorgenommen werden dürfen. Begründet wird dies von offizieller Seite, sprich von der Direktion, damit, dass Kontrollen beim Personal sehr schädlich wären und als ultimatives Misstrauensvotum gegenüber dem Personal verstanden würde. Es sei widersinnig, dem Personal nicht voll zu vertrauen, da es ja selbst für schwerste Straftäter schauen müsse.» Die Frau Regierungsrätin hat das auch in der Antwort 3 dann eigentlich belegt. Im Klartext heisst das so viel wie: Dealt, was das Zeug hält, bereichert euch ungeniert, denn Kontrollen gibt es keine! Nicht nur wird hier der effektive Strafvollzug verhindert, denn die Insassen leben ja eigentlich im Paradies, nämlich genau so wie früher ausserhalb der Gefängnismauern, nämlich mit Wein, Weib und Gesang beziehungsweise mit Handys und Drogen; ganz zu schweigen davon, dass unsere Strafvollzugsbehörde einen aussichtslosen Kampf führen muss, weil die Täter durch die Handys einen Wissensvorsprung haben, indem sie sich absprechen können. Fakt ist, unsere Staatsanwaltschaften reissen sich den Allerwertesten auf und die straffällige Klientel zeigt ihnen die lange Nase. Und zudem muss sich auch jeder Bürger verschaukelt vorkommen, wenn Straffällige faktisch ihr normales Leben weiterleben können, natürlich in der All-inclusive-Version, vom Steuerzahler berappt. Dass das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung so denn auch stark leidet, liegt auf der Hand. Und wenn wir schon dabei sind: Diese nicht zu tolerierenden Verstösse einiger weniger schwarzer Schafe im Strafvollzug beschädigen das Image all jener motivierten und integren Mitarbeitenden, die seit Jahren einen gewissenhaften und guten Job machen. Kann das wirklich im Interesse der Justizdirektion sein, dass praktisch ein ganzer Berufsstand in Sippenhaft genommen wird, nur weil die Direktion nicht willens ist, ihren Job zu machen? In unseren Augen ist langsam «gnueg Heu dune». Wir lassen uns nicht einfach mit ein paar schalen Antworten abspeisen. Wir fordern personelle Konsequenzen, denn: Genug ist genug.

*Nicola Yuste (SP, Zürich):* Ich muss mich nach dem Votum meiner Vorrednerin gerade noch etwas sammeln. Ich hatte doch diesen Ton nicht erwartet und hoffe, ich kann die Diskussion wieder auf ein dem Kantonsrat angemessenes Niveau bringen. Als Erstes möchte ich klarstellen: Auch für die SP waren die Medienberichte Anfang Juni über den vermeintlichen Schmuggelfall im Gefängnis Zürich besorgniserregend. Es ist für niemanden schön zu lesen, dass Beamte ihre Machtposition auf derartige Weise für ihren persönlichen Nutzen missbrauchen. Solche Vorfälle gefährden die Sicherheit und Gesundheit der Insassen und der Angestellten und gefährden auch die laufenden Verfahren. Einzelne Personen können so einen erheblichen Schaden anrichten und das Ansehen des gesamten Justizvollzugs untergraben. So etwas darf einfach nicht passieren, möchte man sagen. Es passiert aber – auch in Schweizer Gefängnissen, und es lässt sich nie ganz vermeiden. Es gab in den letzten Jahren immer wieder Berichte über die Bekämpfung von Schmuggel, die zum Tagesgeschäft jedes Schweizer Gefängnisses gehört. Es sei ein tagtägliches Katz-und-Maus-Spiel, sagt zum Beispiel der Gefängnisdirektor der JVA (*Justizvollzugsanstalt*) Lenzburg. Auch der Gefängnisdirek-

tor der Strafanstalt Thorberg im Kanton Bern teilte in Medienberichten die Tücken und Herausforderungen im Kampf gegen den Schmuggel. Von einer Scheinbehauptung kann also keine Rede sein. Sprechen Sie doch einmal mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in den anderen Kantonen, liebe Frau Rogenmoser. Dieses Bild bestätigt auch der Direktor des schweizerischen Instituts für Strafvollstreckungs- und Strafvollzugswissenschaften. Jede Institution versucht mit Kontrollmassnahmen Schmuggel zu unterbinden. Dieser kann aber nie ganz vermieden werden, ohne dass die Gefängnisse noch weiter in die Privatsphäre der Insassen eingreifen, was rechtlich verboten ist. Man muss auch hier abwägen zwischen einem Sicherheitsbedürfnis und dem Recht auf eine gewisse Privatsphäre – nicht nur der Insassen, sondern auch der Mitarbeitenden. Wie wollen Sie denn kontrollieren und sichergehen, dass garantiert niemand etwas ins Gefängnis schmuggelt, liebe Vertreter der FDP und der SVP? Was schwebt Ihnen konkret vor? Etwa Intimuntersuchungen jeden Morgen vor Schichtbeginn? Das wären wohl kaum vertretbare Arbeitsbedingungen. Es gibt auch in anderen Bereichen des öffentlichen Wesens Fehlverhalten von Mitarbeitenden, aber wir unterziehen auch nicht sämtliches Spitalpersonal einer Körperkontrolle nach Feierabend, weil es in Spitälern bereits Fälle von Medikamentendiebstahl gab.

Der Zürcher Justizvollzug ist vorbildlich, das zeigt nicht zuletzt die tiefe Rückfallquote. Wichtig ist, dass die Fälle, die in dieser dringlichen Interpellation angesprochen werden, seriös ermittelt werden und die Behörden danach die nötigen Konsequenzen ziehen. Unsere Geschäftsprüfungskommission ist die parlamentarische Instanz, die die Oberaufsicht über die Behörden wahrnimmt und kontrolliert, ob diese allfälligen Konsequenzen zweckmässig sind. Wie wir in ihrem Tätigkeitsbericht lesen konnten, erachtet die GPK die Oberaufsicht im Bereich des Strafvollzugs als einen Grundauftrag der Kommission und möchte das Thema auch in Zukunft eng weiterverfolgen. Wie sollen wir es nun verstehen, dass die hier gestellten Fragen nicht im Rahmen einer GPK-Sitzung diskutiert und geklärt werden? Es sind doch zwei der Unterzeichnenden Mitglieder dieser Aufsichtskommission. Bei einem solch heiklen Thema wäre dies doch der weitaus zweckdienlichere Weg als eine öffentliche politische Debatte. Ginge es wirklich um die Klärung von Vorkommnissen, hätten Sie eine Anfrage oder ein Postulat eingereicht. Mit der dringlichen Interpellation soll vor allem viel Lärm und Brimborium für den Wahlkampf der Bürgerlichen gemacht werden. Wenn dieser Wahlkampf mit polemischen Fragen wie, ob die Bevölkerung des Kantons Zürich noch sicher sei, geführt wird, ist es aber nicht nur nicht zielführend, sondern politisch destruktiv.

*Florian Heer (Grüne, Winterthur):* Die Grüne Fraktion dankt der Regierung für die mündliche Beantwortung der Fragen und ist mit dem Inhalt und der Qualität und auch dem Umfang einverstanden. Die Beantwortung der Fragen zum Thema Sicherheit und Kontrolle nehmen wir mit Wohlwollen zur Kenntnis. Wer sich mit den Gefängnisstrukturen der Schweiz auseinandersetzt, für den sind die Antworten nicht unbedingt neu, trotzdem danken wir der Justizdirektorin für die klärenden Worte. Nun, wir wissen, dass die Mitarbeitenden des JuWe nicht oder nur auf

konkreten Verdacht hin kontrolliert werden. Mir ist nicht ganz klar, was die Interpellanten für eine Vorstellung oder Wunschvorstellung haben, was genau da geschehen sollte. Frau Yuste hat es bereits ausgeführt: Schweben Ihnen bei jedem Schichtwechsel Leibesvisitationen und Taschendurchsuchungen vor? Ich bin mir nicht ganz sicher, ob Sie sich das vorstellen. Aber was ich mir ganz sicher bin: dass Sie hierfür keine Angestellten finden werden, welche dies mitmachen.

Die Fragen der Interpellanten und auch deren Hintergründe veranlassen mich doch noch zu einigen Bemerkungen: Die Interpellanten kombinieren mehrere Dinge, welche nichts miteinander zu tun haben. Sie schreiben von mehreren Sicherheitsspannen, ohne sie zu benennen. Und Sie stellen einen kausalen Zusammenhang mit einem Wechsel der Amtsleitung her, ohne Angaben und Hinweise für Ihre Verdächtigungen. Das ist schamlos. Der Titel und die Mehrheit der Fragen sind präventiv und keinesfalls wertschätzend gegenüber den Menschen, welche tagtäglich für das JuWe arbeiten, und Sie zementieren den Generalverdacht. Und nebenbei liefern Sie auch keinen Mehrwert zur Aufarbeitung der einzelnen Erkenntnisse. Sie behaupten auch – ebenfalls ohne Belege –, dass aus früheren Erkenntnissen keine Schlüsse gezogen werden. Nun, das ist ebenfalls anmassend. Hierfür genügt ein Blick in die Berichterstattung der Vergangenheit.

Auf einige Fragen möchte ich noch konkreter eingehen, beispielsweise Frage 7: Ist die Bevölkerung des Kantons Zürich noch sicher? Wie kommen Sie zu der Annahme, dass es anders ist, als im Sicherheitsbericht oder in der Kriminalstatistik des Kantons Zürich ausgewiesen? Sehen Sie in der Kriminalstatistik Veränderungen, welche ich nicht sehe, oder können Sie mindestens sagen, welchen Straftatbestand es betrifft, den Sie hier monieren? Ich sehe auf Seite 31 dieses Jahresberichts wirklich keinen kausalen Zusammenhang zu Ihrer Frage.

Zur Frage 6, das ist auch eine ganz nette, sie beschäftigt sich mit Mobiltelefonen. Die Frau Regierungsrätin hat schnell geantwortet, ich würde es noch kürzer machen: Es reicht ein Mobiltelefon, um auf mehreren Kanälen innert kürzester Zeit mehrere Posts zu machen. Wenn Sie hierfür Hilfe brauchen, bin ich mir sicher, dass es in Ihrer Fraktion einschlägige Kenner gibt, welche sich mit der Bedingung von mehreren Accounts gleichzeitig auskennen.

Noch zu den verwendeten Begriffen: Die Interpellanten und auch die berichtende Presse – leider – sprechen weiterhin von «Wärtern». Nicht mal im Zoo wird heute noch von «Wärtern» gesprochen. Im Zoo sind es Tierpfleger und im Justizvollzug sind es Betreuer und Aufseher. Ich bin der Meinung, es empfiehlt sich auch als langjähriges Mitglied der KJS (*Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit*), sich mit den Begrifflichkeiten der einzelnen Bereiche, mit denen man zu tun hat, auseinanderzusetzen. Und deshalb wundert es mich, dass Herr Isler (*René Isler*) beispielsweise, als ehemaliger Polizist und somit mit viel beruflicher Nähe, diese Begriffe nicht adäquat verwendet.

Die Frage 9 beschäftigt sich mit der Reputation des JuWe. Wenn ich mir die Qualität der Fragen ansehe, dann würde mir eine andere Reputation mehr Sorgen bereiten.

Das Wichtigste an der ganzen Thematik haben Sie leider nicht gefragt: Gibt es eine Systematik hinter diesen Fehlern? Die Regierungsrätin hat aufgezeigt, wie

solche Fehler aufgearbeitet werden. Das reicht uns. Wir Grünen danken der Regierungsrätin für ihre Antwort.

Noch kurz eine Replik zu Frau Rogenmoser: Ich bin der Meinung, dass der Vorwurf «Der Fisch stinkt vom Kopf» einer Entschuldigung bedarf. Er entbehrt jeder Grundlage und formuliert Ihre persönlichen Albträume hier im Rat. Bitte kommen Sie zurück zur Realität. Die Regierungsrätin hat es klar aufgezeigt, welche Mechanismen im JuWe funktionieren und wie solche Fehler angegangen werden. Es ist, wie gesagt, eine Daueraufgabe, im Gefängnis Schmuggel zu unterbinden, jeden Tag ein Katz- und Maus-Spiel. Diverse sachliche Berichte und Interviews oder Zeitungsartikel berichten davon, und es gibt keine absolute Sicherheit, das haben wir auch gehört. Das zu fordern wäre blauäugig. Besten Dank.

*Alex Gantner (FDP, Maur):* Ja, ab und zu gibt es ja akustische Einlagen in diesem Rat, und die Kantonsratspräsidentin kann sich sicherlich auch noch an das Vogelgezwitscher ihrer damaligen Fraktionskollegin Heidi Bucher (*Altkantonsrätin*) in Zusammenhang mit der Beratung des Landwirtschaftsgesetzes erinnern. Ich verzichte nun auf eine visuelle Einlage, nämlich auf das Zeigen von diversen Tiktok-Videos aus mindestens einer Zelle des Bezirksgefängnisses Zürich. Der Justizvollzug ist auch eine Visitenkarte für den Kanton Zürich. Hier geht es nicht um Standortattraktivität, es geht wirklich um das Vertrauen in den Staat, um das Vertrauen in die Justiz, und das ist ein extrem hohes Gut, das wir alle zusammen ernst nehmen sollten. Und anders, als das jetzt Frau Justizdirektorin ausgeführt hat, sehen wir ein Reputationsproblem, völlig unabhängig davon, dass jetzt irgendein Gefängnis, nämlich Pfäffikon, offensichtlich noch einen Preis gewonnen hat oder in einem Ranking weit vorne ist. Es kann wirklich nichts schöngeredet werden, die Missstände existieren. Die jüngsten Missstände vor allem müssen frontal – und hier gibt es einen englischen Begriff – «head on» angegangen werden. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass offensichtlich Untersuchungen laufen. Wenn wir jetzt auch den Worten der Justizdirektorin genau zugehört haben, scheint es eine grössere Nummer zu sein, die hier offensichtlich untersucht werden muss. Und es ist sicher auch richtig, dass die GPK involviert ist. Aber nichtsdestotrotz: Es braucht auch nach diesen Medienmitteilungen, die offensichtlich ja auch Kolleginnen und Kollegen von der linken Ratsseite aufgeschreckt haben, auch eine öffentliche Diskussion. Wir können hier nicht mundtot gemacht werden.

Der Justizvollzug ist facettenreich, ist anspruchsvoll. Wir leben in einer Wertegesellschaft und es gilt, auch unsere Werte im Justizvollzug entsprechend zu leben. Aber es gibt dort auch ganz klare Regeln. Und ein lascher Vollzug, für den abschliessend das zuständige Mitglied der Regierung verantwortlich ist – das hat sie uns heute bestätigt und das soll auch so anerkannt werden, wohlwollend anerkannt werden – ist einfach nicht akzeptierbar. So sind wir sozusagen an der Schwelle, dass sämtliche Personen, die mit Insassen Kontakt haben, unter Generalverdacht gestellt werden müssen. Das sind die Mitarbeiter im Justizvollzug, das sind alle Besucher und Besucherinnen, inklusive auch allenfalls Minderjährige, alle Rechtsvertreter der Personen und natürlich die Beteiligten in der ganzen Logistik der Gefängnisse.

Und ich mache immer gerne den Vergleich – und das ist ja auch in der dringlichen Interpellation gemacht worden – mit dem Flughafen Zürich. Das ist ein Flughafen von weltweit Tausenden von Flughäfen, und Sie wissen alle, wie dort das Thema Sicherheit hochgehalten werden muss. Dort gilt Nulltoleranz, und wir müssen auch im Zusammenhang mit dem Justizvollzug in diese Richtung arbeiten; das ist wirklich ganz vergleichbar. Dort gelten Regimes von täglichen Kontrollen aller Mitarbeiter, weil einfach nichts geschehen kann. Das Thema Risikomanagement ist im Justizvollzug ja eingeführt worden vor ungefähr 20 oder 25 Jahren. Aber wir stellen einfach fest, dass das jetzt nicht weiterentwickelt wird. Es braucht einen risikoorientierten Justizvollzug. Wir dürfen nicht wegschauen. Es braucht eine offene Fehlerkultur, aus Fehlern ist zu lernen. Es braucht allenfalls auch die Möglichkeit für Whistleblowing. Das ist ja etwas, das sonst immer sehr gross zelebriert wird, vor allem auch von der Verwaltung, sei es Belästigung am Arbeitsplatz oder in anderen Bereichen – wieso nicht im Justizvollzug? –, allenfalls auch eine Ombudsstelle, wo man sich entsprechend melden kann.

Kurz zusammengefasst: Es braucht wirklich eine Reorganisation, eine Ergebnisoffenheit für neue Prozesse. Vielleicht braucht es auch zusätzliche Investitionen, ein erhöhtes Budget. Und dann kommen Sie doch zu uns, geschätzte Regierungsrätin Fehr, zusammen mit dem Regierungsrat, wenn hier offensichtlich auch noch Gelder gebraucht werden... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

*René Isler (SVP, Winterthur):* Vorgreifend einfach noch kurz zur Chronologie, was mir da unterstellt wurde: Also zuerst waren die Versäumnisse im Justiz- beziehungsweise Strafvollzug. Dann gab es diese dringliche Interpellation und dann kam es in die GPK; dies einfach so, damit wir da nicht irgendwie Äpfel mit Birnen verwechseln. Und zur Sachlichkeit: Man kann es schon drehen, wie man will, man stellt einfach fest, dass auch unter der heutigen Justizdirektion der Strafvollzug beziehungsweise Justizvollzug nicht zur Ruhe kommt. Natürlich gab es in den letzten Jahrzehnten immer wieder mal ein besorgniserregendes Einzelereignis innerhalb des Strafvollzugs, bei dem auch damals alle sicherheitsrelevanten Systeme versagt haben. Aber im jüngsten Fall haben alle verantwortlichen Personen unisono versagt und so den Zürcher Justiz- beziehungsweise Strafvollzug in ein sehr schlechtes Licht gerückt. Es ist bezeichnend, dass seit dem Abgang des ehemaligen Amtsleiters aus dem JuWe (*Thomas Manhart*) wieder vermehrt erschreckende Sicherheitspannen im Strafvollzug publik werden und das nach aussen Dringende für die Bevölkerung in unserem Kanton nicht gerade vertrauensfördernd daherkommt. Eventuell müsste die zuständige Direktion sich wieder vermehrt ihrer einstigen Grundhaltung – die war nämlich vorhanden – und den sachlichen Anregungen ihrer direkten Amtsuntergebenen widmen, als die eigene politische Klientel zu bewirtschaften. Auch wenn es nur ganz wenige Personen sind, die dort im Justizvollzug arbeiten und die sich kriminell verhalten, ist das ein Umstand, der so – da sind wir uns, glaube ich, einig – nie und nimmer geduldet werden darf und schon längst mit gezielten Sicherheitsmassnahmen hätte unterbunden werden sollen. Man muss das Personal nicht jeden Tag bis auf die Unterhosen kontrollieren, aber einfach Stichproben machen, wie es andere Ämter auch tun.

Ich zum Beispiel war über Jahre als «Tiger» bei der Swissair (*ehemalige Schweizer Fluggesellschaft*), später bei der Nachfolgerlinie SWISS als «Tiger»-Sicherheitsbeauftragter innerhalb des Flugzeuges tätig. Auch wir mussten uns bei jedem zweiten oder dritten Flug einem Sicherheitscheck unterziehen. Ein Body-Scanning wurde bei uns gemacht, damit mit der Schusswaffe, die wir jedes Mal abgeben und wieder neu fassen mussten, nichts anders hineingeschmuggelt werden konnte. Es wäre also möglich.

Was mich am meisten irritiert, ist tatsächlich, das auf Seite der Direktion postuliert wird, dass keinerlei Sicherheitskontrollen beim Personal mehr vorgenommen werden sollten. Begründet wird dies von offizieller Seite damit, dass Kontrollen beim Personal sehr schädlich wären und als ultimatives Misstrauensvotum gegenüber dem Personal verstanden würden. Dem ist aus meiner Sicht entgegenzuhalten, dass bei einer solchen Personalpolitik eklatante Sicherheitslücken und gefährliche Situationen entstehen beziehungsweise entstehen können. Es ist unumstösslich, dass jeder Missbrauch das Ansehen aller Beschäftigten auf schwerste Art beschädigt und der Strafvollzug vollends in ein ganz schiefes Licht gerückt wird. Gelegentlichen unangekündigten Kontrollen müssen sich nach meiner Meinung alle Personen unterziehen, egal, ob Aufsichtspersonen, Kader oder gar Direktionspersonen. Wirklich dramatisch wird es aber dadurch, dass Gefangene nicht nur mit geschmuggelten Handys telefonieren oder zu Betäubungsmitteln kommen, sondern dass sich die schmuggelnden Aufsichtspersonen dadurch korrumpieren lassen und damit von den Gefangenen allenfalls auch zu anderen kriminellen Gefälligkeiten gezwungen werden können.

*Thomas Marthaler (SP, Zürich):* Die Tonalität heute Morgen hat mir nicht sehr viel Freude gemacht. Besser hat mir das Votum von Florian Heer gefallen, der den Justizvollzug in ein Licht gestellt hat, so wie er halt wirklich ist. Denn die Realität ist folgende: Wer ist schon gerne eingesperrt – niemand – und aus dieser Situation, aus dieser Realität ergibt sich auch das Spannungsfeld. Was wünscht man sich am meisten, wenn man eingesperrt ist? Man wünscht sich etwas, das man nicht haben kann, das man nicht erreichen kann. Und natürlich ist dieses Spannungsfeld eines der Haupttopos im Gefängnis. Und wenn ich gehört habe, dass diese Vorkommnisse sehr schlecht wären für den Standort Zürich oder eben für die Justiz und dass sie den Platz Zürich in ein schlechtes Licht stellen würden, logisch. Aber wo gearbeitet wird, passieren Fehler. Ich weiss nicht, was für eine Erwartung, die Dame Rogenmoser und der liebe Herr Isler haben. Er ist ja jetzt zum Glück pensioniert und muss sich nicht mehr selbst diesen rigorosen Massnahmen unterziehen, die er auch hatte. Als Polizist musste er ja auch diese schwierigen Aufgaben übernehmen, die sich im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit jeden Tag ergeben. Auf jeden Fall finde ich es ein bisschen unfair, wenn da so geschimpft wird, denn, liebe FDP: Ihr habt auch Menschen in der Justizvollzugskommission. Wir tagen morgen wieder und werden da immer wieder informiert, was so gemacht wird und was nicht gemacht wird, wo die Probleme liegen. Und da werden wir offen informiert. Herr Biber (*Michael Biber*) von der FDP wird morgen auch an dieser Sitzung teilnehmen, Frau Hofer (*Jacqueline*

*Hofer*) ist von der SVP dabei. Und wenn geschimpft und geweint wird, dass die Staatsanwälte hilflos zuschauen müssten, wie ihnen quasi die Felle davonschwimmen bei den verurteilten Menschen, Verbrechern, weil der Fisch vom Kopf her stinke und das irgendwie schlecht gemanagt würde: Wir haben ja nach dem Parteienproporz die Personen in den Staatsanwaltschaften, in den Oberstaatsanwaltschaften, und die können auch Einfluss nehmen auf den Justizvollzug im Kanton Zürich, und das machen sie auch, liebe Frau Rogenmoser und Herr Gantner, Sie haben ja das Problem festgestellt. Ihr habt also auch Parteikollegen, die da Einfluss nehmen können und auch informiert werden. Und ich denke, wir dürfen den Ball etwas flacher halten, denn der Justizvollzug ist nicht so schlecht in der Schweiz und in Zürich sowieso nicht. Und es ist ein Problem, das sich überall stellt. Mein Eindruck – ich war jetzt zehn Jahre in dieser Kommission –, mein Eindruck bezüglich der Gefängnisse im Kanton Zürich ist eigentlich relativ gut. Denn es ist natürlich eine beklemmende Sache, eingesperrt zu sein. Und eine Resozialisierung ist ja Ziel und Zweck des Justizvollzugs und gelingt der Direktion relativ gut und dem Amt JuWe ziemlich gut, und daran sollen wir arbeiten, statt den Zürcherinnen und Zürchern Angst zu machen, wie unsicher unser Kanton sei. Also wenn wir Probleme haben, dann kommen die sicher nicht aus den Gefängnissen und machen uns das Leben madig und schlecht. Wir haben ganz andere Probleme in unserem Kanton als den Justizvollzug.

*Hans-Peter Amrein (parteilos, Küssnacht)*: Lieber Thomas Marthaler, als ehemaliger Schwergewichts-Meister, ich weiss nicht, ob du auch Laienprediger bist am Sonntag. Du wärst nicht der erste ehemalige Boxer, der das wäre, und es hat sich eben so angehört. Ja, wenn die Puppen tanzen, Thomas Marthaler, wenn die Puppen tanzen und man es im Land draussen hört, dann gibt es eine Reaktion. Und ich denke, so weit war es, ist es hoffentlich nicht mehr, und deshalb gibt es eine Reaktion. Und Frau Yuste, viel Lärm und Brimborium: Ich weiss, dass Sie in der Stadt Zürich etwas lärmsensitiv sind, Frau Yuste, deshalb haben Sie ja das Feuerwerk jetzt abstellen wollen (*gemeint ist ein Vorstoss im Gemeinderat der Stadt Zürich für ein Feuerwerksverbot am Züri Fäscht*), den Schweizern das auch noch verbieten wollen von ihrer Verbotspartei aus. Aber da würden Sie vielleicht besser beim Gefängnis auch etwas hinschauen, Frau Yuste, und nicht so sensitiv reagieren wie jetzt. Nein, Florian Heer, mit Inhalt, Qualität und Umfang kann man hier nicht einverstanden sein. Und ich muss Ihnen das sagen, nicht als JUKO-Mitglied (*Justizkommission*), vor allem nicht ohne Wissen im Detail – ich dürfte hier ja sowieso nichts erzählen –, aber ich kann Ihnen sagen, ohne Wissen im Detail von irgendetwas: Wenn eine Interpellation eingereicht wird und ein paar Tage später dann die Justizdirektorin in der Justizkommission steht, dann muss ich sagen, habe ich kein Vertrauen in diese Justizdirektorin. Ich sage es jetzt gerade so. Die hätte nämlich vorher kommen müssen und nicht nachher. Was ist das für eine Regierung? Was ist das für eine Justizdirektion, die erst reagiert, wenn aus dem Volk eine Reaktion kommt, wenn die Puppen tanzen, Thomas Marthaler? Da ist das Problem und das hat nichts mit Wahlkampf zu tun. Das hat damit zu tun, dass jetzt die lieben Linken, die sonst immer laut rufen, wenn irgendetwas nicht gut ist

– AOZ (*Asylorganisation Zürich*) haben wir gerade vorher gehört (*im Zusammenhang mit der Behandlung von KR-Nr. 196/2022*) –, wo es, wenn es denn auch noch zutreffen würde, was Sie gesagt haben, wahrscheinlich noch ein paar Deckel höher ist, dort wird der Deckel darübergerlegt. Nein, das geht nicht. Und Frau Regierungsrat, so geht es nicht.

*Markus Bischoff (AL, Zürich)*: Es liegt ja jetzt wirklich nicht an mir und auch nicht an der Alternativen Liste, den Justizvollzug zu verteidigen, aber ich muss jetzt doch noch ein paar Sachen klarstellen: Ich meine, diese Interpellation ist ja in einem extrem schnoddrigen Stil abgefasst. Es wurde gesagt, wer heute noch dem Begriff «Wärter» für das Gefängnispersonal verwendet, der hat einen sehr merkwürdigen Menschenbegriff. Und auch die Antwort oder die Stellungnahme der Interpellantin, das war ja eine absolute verbale Kraftmeierei. Nur gründete diese verbale Kraftmeierei auf null Inhalten. Und zu verbaler Kraftmeierei greift man nur, wenn man nichts zu sagen hat, dann übertüncht man so die eigene Ignoranz.

Nur zwei Anmerkungen zum Schmuggel: Schmuggel ist permanent in einem Gefängnis. Wir haben hier drin auch schon darüber diskutiert, dass die Pöschwies (*Strafvollzugsanstalt*) Wald roden möchte, weil man aus diesem Waldstück Handys über die Mauer wirft. Unsere Fraktion war natürlich dagegen, dass man da Wald rodet, aber das ist ein immanentes Problem. Und Herr Gantner hat gesagt, es müsse wie im Flughafen Nulltoleranz sein. Ich begreife es, Herr Gantner war wahrscheinlich noch nie in der Pöschwies, aber ich war schon öfters dort drin. Und sogar ich als Verteidiger werde rigoros kontrolliert und muss meine automatische Uhr, die nicht einmal digital ist, abgeben. Ich darf nicht einmal mit meiner Uhr in die Pöschwies gehen, weil ja heute jede Uhr auch ein Handy oder ein Computer sein könnte. Also das sind rigoroseste Sicherheitsmassnahmen, sie sind viel strenger als im Flughafen; das einfach zur Realität, wo wir heute stehen.

Und jetzt wurde gesagt, dass das Gefängnispersonal schmuggle, stehe in einem Zeitungsartikel. Vielleicht ist das so. Und es ist einfach so, dass das Personal schlussendlich immer die Schwachstelle und ein Problem ist. Das war zum Beispiel schon in den 90er-Jahren so, damals hat das Personal in einem Bezirksgefängnis einen Bordellbetrieb eingerichtet. Die Beteiligten mussten dann alle entlassen werden. Es gibt immer wieder Verfehlungen, und die Frage ist: Wer kontrolliert die Kontrolleure? Wollen Sie eine Geheimpolizei, die sie kontrolliert? Diese Frage kann man sich stellen. Aber es ist immer die Anfälligkeit: Wenn man anfällig oder korrupt ist, ist es eine Frage der Schulung und es ist insbesondere auch eine Frage der Bezahlung. Wenn die Leute nicht so gut bezahlt werden oder wenn sie sich in einem Betrieb nicht gut behandelt fühlen, dann werden sie korrupt. Und in einem Gefängnis haben sie noch das ganz besondere Problem von Nähe und Distanz. Sie sind ja extrem nahe mit diesen Leuten, die sie beaufsichtigen müssen, und das ist eine schwierige Aufgabe. Das ist nicht einfach und das ist anfällig. Aber hier einen systematischen Missstand zu sehen, das ist einfach herbeigeredet und blöde Stimmungsmache.

*Nicola Yuste (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal:* Ja, ich mache es ganz kurz, aber es stimmt, Herr Amrein, ich bevorzuge Inhalt vor Lärm, nur leider habe ich von Ersterem von Ihnen gar nichts gehört. Und Herr Isler, auch von Ihnen wünsche ich mir einfach einmal Fakten. Sie haben es noch einmal betont, dass es mit der neuen Amtsleiterin (*Mirjam Schlup*) wohl zu irgendwelchen Veränderungen gekommen sei, können Sie das bitte belegen? Ich habe mich nämlich bemüht zu recherchieren und rein gar nichts gefunden ausser Medienberichten über Schmuggelfälle, die es einfach immer schon gab – unter jeder Amtsleitung. Also ich hätte bitte gerne Fakten und eine sachliche Diskussion.

*Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal:* Frau Yuste hat mir vorgeworfen, ich hätte hier keinen Inhalt beigebracht. Ja Frau Yuste, Sie sind doch auch Kommissionsmitglied irgendeiner Kommission. Ich weiss zwar nicht, welcher, ich habe es nicht nachgeschaut, aber ich gehe davon aus, dass wenn Sie, wenn Sie Mitglied einer Aufsichtskommission wären, auch lieber den Regierungsrat oder die Regierungsrätin in der Kommission hätten, bevor irgendeine Interpellation gemacht im Kantonsrat gemacht wird, und nicht nachher. Genau das habe ich gerügt, Frau Yuste. Was hat das mit keinem Inhalt zu tun? Weil es sich um Ihre Regierungsrätin handelt und nicht um eine andere, die sie jetzt frontal angreifen könnten? Das ist das Gleiche, wie wenn der engste Mitarbeiter von Herrn Berset (*Bundesrat Alain Berset*) in der «Kiste» ist. Der *Tagi (Tages-Anzeiger)* berichtet ganz klein und die anderen berichten gar nicht. Stellen Sie sich mal vor, es wäre jemand anders gewesen, es wäre ein Mitarbeiter von Herrn Maurer (*Bundesrat Ueli Maurer*) gewesen. Und genauso machen Sie es jetzt hier wieder, es ist das alte Spiel Ihrer Partei. Und bis zu einem gewissen Teil müssen Sie das ja auch: Sie müssen sich vor die Regierungsrätin stellen, die hat ihre Arbeit nicht getan.

### **3. Korruptionsanfälliger Justizvollzug?**

Interpellation Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach), Alex Gantner (FDP, Maur), René Isler (SVP, Winterthur) vom 20. Juni 2022

KR-Nr. 203/2022

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* Es beantwortet die dringliche Interpellation mündlich Justizdirektorin, Regierungsrätin Jacqueline Fehr.

*Regierungsrätin Jacqueline Fehr:* Erlauben Sie mir eine kurze Vorbemerkung: Wenn die Antwort auf die Fragen etwas kurz ausfällt, ist das nicht Ausdruck einer fehlenden Wertschätzung dem Kantonsrat gegenüber, sondern der Tatsache geschuldet, dass bei Vorkommnissen im Justizvollzug selten alles transparent der Öffentlichkeit offengelegt werden kann. Ich sage das aus sehr aktuellem Anlass, die GPK (*Geschäftsprüfungskommission*) ist darüber informiert. Diese Diskussion muss deshalb auch vorwiegend in der GPK geführt werden können, weil dort die Transparenz geschaffen werden kann, was hier im öffentlichen Raum nicht in

diesem Ausmass getan werden kann, wie Sie sich das allenfalls wünschen. Und ich weise deshalb noch einmal darauf hin, dass ich das aus sehr aktuellem Anlass sage, denn Vorfälle in Gefängnissen im Kontext mit Schmuggel sind meist in einem grösseren kriminellen Zusammenhang zu sehen und auch zu ermitteln. Und da laufen Strafverfahren und die sind nun mal eben nicht öffentlich.

Ich komme nun zur Antwort auf die verschiedenen Fragen. Gemäss Paragraf 58 der Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung liegt die Zuständigkeit für den Justizvollzug bei der Direktion der Justiz und des Innern. Innerhalb der Direktion wird der Justizvollzug vom JuWe, Amt für Justizvollzug und Wiedereingliederung, wahrgenommen. Auf Deutsch gesagt, Sie fragen nach der Verantwortung: Ich trage die Verantwortung.

Zur Frage 2: Fehlverhalten von Mitarbeitenden sind selten, sie können aber nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Keine Kontrolle kann eine absolute Sicherheit bieten.

Zu Frage 3: Die Zusammenarbeit in den Gefängnissen ist geprägt von Vertrauen der Mitarbeitenden und Führungskräfte untereinander und einer verantwortungsvollen Aufgabenausführung. Dies ist für die Sicherheit in einem Gefängnis wesentlich. Kontrollen würden dieses Vertrauen beschädigen und unter dem Strich die Sicherheit vermindern.

Frage 4: Externe Personen werden bei Zutritt in ein Gefängnis kontrolliert.

Zu Frage 5: Die Warenflüsse werden kontrolliert. Und wenn die Waren nicht kontrollierbar sind, zum Beispiel bei offenen Packungen oder Flüssigkeiten, werden sie nicht angenommen oder zurückgeschickt.

Frage 6: Der Kampf gegen den Schmuggel und, damit einhergehend, gegen die missbräuchliche Verwendung von Handys und den Konsum von illegalen Substanzen ist in jedem Gefängnis der Welt eine Daueraufgabe. Klammer: Es gibt kein Gefängnis auf dieser Welt ohne täglichen Kampf gegen Schmuggel. Genauso wenig kann die Möglichkeit ausgeschlossen werden, dass von einem hineingeschmuggelten Handy Nachrichten verschickt werden.

Zu Frage 7: Der Kanton Zürich ist ein sicherer Kanton. Dies belegen die jährlich publizierte Statistiken zur Kriminalitätsentwicklung. Ebenso zeigen die Kennzahlen des Justizvollzugs keine Zunahme ausserordentlicher Ereignisse in den letzten Jahren.

Zu Frage 8: Die Mitarbeitenden und das Kader des Zürcher Justizvollzugs leisten in einem anspruchsvollen Umfeld eine sehr gute Arbeit. Sie geniessen das volle Vertrauen ihrer Vorgesetzten. Die Mitarbeitenden werden laufend geschult und, wo zweckdienlich, mit technischen Geräten ausgerüstet.

Zu Frage 9: Der Justizvollzug und gerade auch die Untersuchungshaft des Kantons Zürich gelten in der Schweiz und im angrenzenden Ausland als vorbildlich. Erst kürzlich wurde das Gefängnis Pfäffikon mit einem Award als eines der fünf besten europäischen Gefängnisse ausgezeichnet.

Zu Frage 10: Die Bemühungen gegen jegliche Form von illegalem Verhalten ist eine Daueraufgabe. Dabei werden die Massnahmen laufend an neue Herausforderungen angepasst. Im Rahmen der Rekrutierung, Ausbildung und Weiterbildung werden die Mitarbeitenden geschult und während der Arbeit unterstützt.

*Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach):* Ja, mit Verlaub, werte Regierungsrätin, Ihre Antworten sind nicht mehr als ein Scheingefecht, um von Pleiten, Pech und Pannen im Justizvollzug abzulenken. Der Justizvollzug kommt ganz offensichtlich nicht mehr aus den Negativschlagzeilen, und Sie können mir nicht erzählen, dass dies ein gutes und vor allem ein sicheres Gefühl bei den Bürgerinnen und Bürgern hinterlässt. Schon die besorgniserregenden Ereignisse der Vergangenheit haben nicht zur Vertrauensbildung in unserem Justizvollzug beigetragen, aber der aktuelle Fall schlägt dem Fass den Boden aus. Und ich frage Sie hier in die lauschige Runde: Was bitte muss denn alles sonst noch passieren, damit Sie sich endlich eingestehen, dass wir ein Problem beim Justizvollzug haben; da hilft alles Schönreden der Justizdirektorin nichts. Und vor allem: Was muss denn alles noch passieren, bis die Justizdirektion endlich handelt? Ich hoffe, es findet es hier drin niemand normal, dass man im Gefängnis an Handys und Drogen kommt. Und ich hoffe, es ist allen hier drin klar, dass die Strafverfolgung ad absurdum geführt wird, wenn jemand im Knast telefonieren kann und so zum Beispiel Tatbeteiligte instruieren kann.

Das Argument, man könne nicht verhindern, dass unerlaubte Gegenstände, also auch zum Beispiel Drogen und Handys, ins Gefängnis geschmuggelt werden, ist eine Schutzbehauptung dafür, nicht aktiv werden zu müssen und diesem unsäglichem Treiben ein Ende zu setzen oder es zumindest zu versuchen. Jetzt muss ich sehr deutlich werden: Wir haben ein hausgemachtes Problem. Denn wenn die Justizdirektion nicht willens ist, diesen Gesetzesbruch wenigstens versuchsweise zu verhindern, dann ist es ein eindeutiges Zeichen, dass der Fisch vom Kopf her stinkt. Ich zitiere hier gerne einen ehemaligen Stabsmitarbeiter, Zitat anfang: «Das Risiko, beim Einschmuggeln von Handys oder Drogen erwischt zu werden, ist gleich null, da keinerlei Stichprobenkontrollen beim Personal mehr vorgenommen werden dürfen. Begründet wird dies von offizieller Seite, sprich von der Direktion, damit, dass Kontrollen beim Personal sehr schädlich wären und als ultimatives Misstrauensvotum gegenüber dem Personal verstanden würde. Es sei widersinnig, dem Personal nicht voll zu vertrauen, da es ja selbst für schwerste Straftäter schauen müsse.» Die Frau Regierungsrätin hat das auch in der Antwort 3 dann eigentlich belegt. Im Klartext heisst das so viel wie: Dealt, was das Zeug hält, bereichert euch ungeniert, denn Kontrollen gibt es keine! Nicht nur wird hier der effektive Strafvollzug verhindert, denn die Insassen leben ja eigentlich im Paradies, nämlich genau so wie früher ausserhalb der Gefängnismauern, nämlich mit Wein, Weib und Gesang beziehungsweise mit Handys und Drogen; ganz zu schweigen davon, dass unsere Strafvollzugsbehörde einen aussichtslosen Kampf führen muss, weil die Täter durch die Handys einen Wissensvorsprung haben, indem sie sich absprechen können. Fakt ist, unsere Staatsanwaltschaften reissen sich den Allerwertesten auf und die straffällige Klientel zeigt ihnen die lange Nase. Und zudem muss sich auch jeder Bürger verschaukelt vorkommen, wenn Straffällige faktisch ihr normales Leben weiterleben können, natürlich in der All-inclusive-Version, vom Steuerzahler berappt. Dass das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung so denn auch stark leidet, liegt auf der Hand. Und wenn wir schon

dabei sind: Diese nicht zu tolerierenden Verstösse einiger weniger schwarzer Schafe im Strafvollzug beschädigen das Image all jener motivierten und integren Mitarbeitenden, die seit Jahren einen gewissenhaften und guten Job machen. Kann das wirklich im Interesse der Justizdirektion sein, dass praktisch ein ganzer Berufsstand in Sippenhaft genommen wird, nur weil die Direktion nicht willens ist, ihren Job zu machen? In unseren Augen ist langsam «gnueg Heu dune». Wir lassen uns nicht einfach mit ein paar schalen Antworten abspeisen. Wir fordern personelle Konsequenzen, denn: Genug ist genug.

*Nicola Yuste (SP, Zürich):* Ich muss mich nach dem Votum meiner Vorrednerin gerade noch etwas sammeln. Ich hatte doch diesen Ton nicht erwartet und hoffe, ich kann die Diskussion wieder auf ein dem Kantonsrat angemessenes Niveau bringen. Als Erstes möchte ich klarstellen: Auch für die SP waren die Medienberichte Anfang Juni über den vermeintlichen Schmuggelfall im Gefängnis Zürich besorgniserregend. Es ist für niemanden schön zu lesen, dass Beamte ihre Machtposition auf derartige Weise für ihren persönlichen Nutzen missbrauchen. Solche Vorfälle gefährden die Sicherheit und Gesundheit der Insassen und der Angestellten und gefährden auch die laufenden Verfahren. Einzelne Personen können so einen erheblichen Schaden anrichten und das Ansehen des gesamten Justizvollzugs untergraben. So etwas darf einfach nicht passieren, möchte man sagen.

Es passiert aber – auch in Schweizer Gefängnissen, und es lässt sich nie ganz vermeiden. Es gab in den letzten Jahren immer wieder Berichte über die Bekämpfung von Schmuggel, die zum Tagesgeschäft jedes Schweizer Gefängnisses gehört. Es sei ein tagtägliches Katz-und-Maus-Spiel, sagt zum Beispiel der Gefängnisdirektor der JVA (*Justizvollzugsanstalt*) Lenzburg. Auch der Gefängnisdirektor der Strafanstalt Thorberg im Kanton Bern teilte in Medienberichten die Tücken und Herausforderungen im Kampf gegen den Schmuggel. Von einer Scheinbehauptung kann also keine Rede sein. Sprechen Sie doch einmal mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in den anderen Kantonen, liebe Frau Rogenmoser. Dieses Bild bestätigt auch der Direktor des schweizerischen Instituts für Strafvollstreckungs- und Strafvollzugswissenschaften. Jede Institution versucht mit Kontrollmassnahmen Schmuggel zu unterbinden. Dieser kann aber nie ganz vermieden werden, ohne dass die Gefängnisse noch weiter in die Privatsphäre der Insassen eingreifen, was rechtlich verboten ist. Man muss auch hier abwägen zwischen einem Sicherheitsbedürfnis und dem Recht auf eine gewisse Privatsphäre – nicht nur der Insassen, sondern auch der Mitarbeitenden. Wie wollen Sie denn kontrollieren und sichergehen, dass garantiert niemand etwas ins Gefängnis schmuggelt, liebe Vertreter der FDP und der SVP? Was schwebt Ihnen konkret vor? Etwa Intimuntersuchungen jeden Morgen vor Schichtbeginn? Das wären wohl kaum vertretbare Arbeitsbedingungen. Es gibt auch in anderen Bereichen des öffentlichen Wesens Fehlverhalten von Mitarbeitenden, aber wir unterziehen auch nicht sämtliches Spitalpersonal einer Körperkontrolle nach Feierabend, weil es in Spitälern bereits Fälle von Medikamentendiebstahl gab.

Der Zürcher Justizvollzug ist vorbildlich, das zeigt nicht zuletzt die tiefe Rückfallquote. Wichtig ist, dass die Fälle, die in dieser dringlichen Interpellation angesprochen werden, seriös ermittelt werden und die Behörden danach die nötigen Konsequenzen ziehen. Unsere Geschäftsprüfungskommission ist die parlamentarische Instanz, die die Oberaufsicht über die Behörden wahrnimmt und kontrolliert, ob diese allfälligen Konsequenzen zweckmässig sind. Wie wir in ihrem Tätigkeitsbericht lesen konnten, erachtet die GPK die Oberaufsicht im Bereich des Strafvollzugs als einen Grundauftrag der Kommission und möchte das Thema auch in Zukunft eng weiterverfolgen. Wie sollen wir es nun verstehen, dass die hier gestellten Fragen nicht im Rahmen einer GPK-Sitzung diskutiert und geklärt werden? Es sind doch zwei der Unterzeichnenden Mitglieder dieser Aufsichtskommission. Bei einem solch heiklen Thema wäre dies doch der weitaus zweckdienlichere Weg als eine öffentliche politische Debatte. Ginge es wirklich um die Klärung von Vorkommnissen, hätten Sie eine Anfrage oder ein Postulat eingereicht. Mit der dringlichen Interpellation soll vor allem viel Lärm und Brimborium für den Wahlkampf der Bürgerlichen gemacht werden. Wenn dieser Wahlkampf mit polemischen Fragen wie, ob die Bevölkerung des Kantons Zürich noch sicher sei, geführt wird, ist es aber nicht nur nicht zielführend, sondern politisch destruktiv.

*Florian Herr (Grüne, Winterthur):* Die Grüne Fraktion dankt der Regierung für die mündliche Beantwortung der Fragen und ist mit dem Inhalt und der Qualität und auch dem Umfang einverstanden. Die Beantwortung der Fragen zum Thema Sicherheit und Kontrolle nehmen wir mit Wohlwollen zur Kenntnis. Wer sich mit den Gefängnisstrukturen der Schweiz auseinandersetzt, für den sind die Antworten nicht unbedingt neu, trotzdem danken wir der Justizdirektorin für die klärenden Worte. Nun, wir wissen, dass die Mitarbeitenden des JuWe nicht oder nur auf konkreten Verdacht hin kontrolliert werden. Mir ist nicht ganz klar, was die Interpellanten für eine Vorstellung oder Wunschvorstellung haben, was genau da geschehen sollte. Frau Yuste hat es bereits ausgeführt: Schweben Ihnen bei jedem Schichtwechsel Leibesvisitationen und Taschendurchsuchungen vor? Ich bin mir nicht ganz sicher, ob Sie sich das vorstellen. Aber was ich mir ganz sicher bin: dass Sie hierfür keine Angestellten finden werden, welche dies mitmachen. Die Fragen der Interpellanten und auch deren Hintergründe veranlassen mich doch noch zu einigen Bemerkungen: Die Interpellanten kombinieren mehrere Dinge, welche nichts miteinander zu tun haben. Sie schreiben von mehreren Sicherheitspannen, ohne sie zu benennen. Und Sie stellen einen kausalen Zusammenhang mit einem Wechsel der Amtsleitung her, ohne Angaben und Hinweise für Ihre Verdächtigungen. Das ist schamlos. Der Titel und die Mehrheit der Fragen sind präventiv und keinesfalls wertschätzend gegenüber den Menschen, welche tagtäglich für das JuWe arbeiten, und Sie zementieren den Generalverdacht. Und nebenbei liefern Sie auch keinen Mehrwert zur Aufarbeitung der einzelnen Erkenntnisse. Sie behaupten auch – ebenfalls ohne Belege –, dass aus früheren Erkenntnissen keine Schlüsse gezogen werden. Nun, das ist ebenfalls anmassend. Hierfür genügt ein Blick in die Berichterstattung der Vergangenheit.

Auf einige Fragen möchte ich noch konkreter eingehen, beispielsweise Frage 7: Ist die Bevölkerung des Kantons Zürich noch sicher? Wie kommen Sie zu der Annahme, dass es anders ist, als im Sicherheitsbericht oder in der Kriminalstatistik des Kantons Zürich ausgewiesen? Sehen Sie in der Kriminalstatistik Veränderungen, welche ich nicht sehe, oder können Sie mindestens sagen, welchen Straftatbestand es betrifft, den Sie hier monieren? Ich sehe auf Seite 31 dieses Jahresberichts wirklich keinen kausalen Zusammenhang zu Ihrer Frage.

Zur Frage 6, das ist auch eine ganz nette, sie beschäftigt sich mit Mobiltelefonen. Die Frau Regierungsrätin hat schnell geantwortet, ich würde es noch kürzer machen: Es reicht ein Mobiltelefon, um auf mehreren Kanälen innert kürzester Zeit mehrere Posts zu machen. Wenn Sie hierfür Hilfe brauchen, bin ich mir sicher, dass es in Ihrer Fraktion einschlägige Kenner gibt, welche sich mit der Bedingung von mehreren Accounts gleichzeitig auskennen.

Noch zu den verwendeten Begriffen: Die Interpellanten und auch die berichtende Presse – leider – sprechen weiterhin von «Wärtern». Nicht mal im Zoo wird heute noch von «Wärtern» gesprochen. Im Zoo sind es Tierpfleger und im Justizvollzug sind es Betreuer und Aufseher. Ich bin der Meinung, es empfiehlt sich auch als langjähriges Mitglied der KJS (*Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit*), sich mit den Begrifflichkeiten der einzelnen Bereiche, mit denen man zu tun hat, auseinanderzusetzen. Und deshalb wundert es mich, dass Herr Isler (*René Isler*) beispielsweise, als ehemaliger Polizist und somit mit viel beruflicher Nähe, diese Begriffe nicht adäquat verwendet.

Die Frage 9 beschäftigt sich mit der Reputation des JuWe. Wenn ich mir die Qualität der Fragen ansehe, dann würde mir eine andere Reputation mehr Sorgen bereiten.

Das Wichtigste an der ganzen Thematik haben Sie leider nicht gefragt: Gibt es eine Systematik hinter diesen Fehlern? Die Regierungsrätin hat aufgezeigt, wie solche Fehler aufgearbeitet werden. Das reicht uns. Wir Grünen danken der Regierungsrätin für ihre Antwort.

Noch kurz eine Replik zu Frau Rogenmoser: Ich bin der Meinung, dass der Vorwurf «Der Fisch stinkt vom Kopf» einer Entschuldigung bedarf. Er entbehrt jeder Grundlage und formuliert Ihre persönlichen Albträume hier im Rat. Bitte kommen Sie zurück zur Realität. Die Regierungsrätin hat es klar aufgezeigt, welche Mechanismen im JuWe funktionieren und wie solche Fehler angegangen werden. Es ist, wie gesagt, eine Daueraufgabe, im Gefängnis Schmuggel zu unterbinden, jeden Tag ein Katz- und Maus-Spiel. Diverse sachliche Berichte und Interviews oder Zeitungsartikel berichten davon, und es gibt keine absolute Sicherheit, das haben wir auch gehört. Das zu fordern wäre blauäugig. Besten Dank.

*Alex Gantner (FDP, Maur)*: Ja, ab und zu gibt es ja akustische Einlagen in diesem Rat, und die Kantonsratspräsidentin kann sich sicherlich auch noch an das Vogelgezwitscher ihrer damaligen Fraktionskollegin Heidi Bucher (*Altkantonsrätin*) in Zusammenhang mit der Beratung des Landwirtschaftsgesetzes erinnern. Ich verzichte nun auf eine visuelle Einlage, nämlich auf das Zeigen von diversen Tiktok-

Videos aus mindestens einer Zelle des Bezirksgefängnisses Zürich. Der Justizvollzug ist auch eine Visitenkarte für den Kanton Zürich. Hier geht es nicht um Standortattraktivität, es geht wirklich um das Vertrauen in den Staat, um das Vertrauen in die Justiz, und das ist ein extrem hohes Gut, das wir alle zusammen ernst nehmen sollten. Und anders, als das jetzt Frau Justizdirektorin ausgeführt hat, sehen wir ein Reputationsproblem, völlig unabhängig davon, dass jetzt irgendein Gefängnis, nämlich Pfäffikon, offensichtlich noch einen Preis gewonnen hat oder in einem Ranking weit vorne ist. Es kann wirklich nichts schöneredet werden, die Missstände existieren. Die jüngsten Missstände vor allem müssen frontal – und hier gibt es einen englischen Begriff – «head on» angegangen werden. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass offensichtlich Untersuchungen laufen. Wenn wir jetzt auch den Worten der Justizdirektorin genau zugehört haben, scheint es eine grössere Nummer zu sein, die hier offensichtlich untersucht werden muss. Und es ist sicher auch richtig, dass die GPK involviert ist. Aber nichtsdestotrotz: Es braucht auch nach diesen Medienmitteilungen, die offensichtlich ja auch Kolleginnen und Kollegen von der linken Ratsseite aufgeschreckt haben, auch eine öffentliche Diskussion. Wir können hier nicht mundtot gemacht werden.

Der Justizvollzug ist facettenreich, ist anspruchsvoll. Wir leben in einer Wertegesellschaft und es gilt, auch unsere Werte im Justizvollzug entsprechend zu leben. Aber es gibt dort auch ganz klare Regeln. Und ein lascher Vollzug, für den abschliessend das zuständige Mitglied der Regierung verantwortlich ist – das hat sie uns heute bestätigt und das soll auch so anerkannt werden, wohlwollend anerkannt werden – ist einfach nicht akzeptierbar. So sind wir sozusagen an der Schwelle, dass sämtliche Personen, die mit Insassen Kontakt haben, unter Generalverdacht gestellt werden müssen. Das sind die Mitarbeiter im Justizvollzug, das sind alle Besucher und Besucherinnen, inklusive auch allenfalls Minderjährige, alle Rechtsvertreter der Personen und natürlich die Beteiligten in der ganzen Logistik der Gefängnisse.

Und ich mache immer gerne den Vergleich – und das ist ja auch in der dringlichen Interpellation gemacht worden – mit dem Flughafen Zürich. Das ist ein Flughafen von weltweit Tausenden von Flughäfen, und Sie wissen alle, wie dort das Thema Sicherheit hochgehalten werden muss. Dort gilt Nulltoleranz, und wir müssen auch im Zusammenhang mit dem Justizvollzug in diese Richtung arbeiten; das ist wirklich ganz vergleichbar. Dort gelten Regimes von täglichen Kontrollen aller Mitarbeiter, weil einfach nichts geschehen kann. Das Thema Risikomanagement ist im Justizvollzug ja eingeführt worden vor ungefähr 20 oder 25 Jahren. Aber wir stellen einfach fest, dass das jetzt nicht weiterentwickelt wird. Es braucht einen risikoorientierten Justizvollzug. Wir dürfen nicht wegschauen. Es braucht eine offene Fehlerkultur, aus Fehlern ist zu lernen. Es braucht allenfalls auch die Möglichkeit für Whistleblowing. Das ist ja etwas, das sonst immer sehr gross zelebriert wird, vor allem auch von der Verwaltung, sei es Belästigung am Arbeitsplatz oder in anderen Bereichen – wieso nicht im Justizvollzug? –, allenfalls auch eine Ombudsstelle, wo man sich entsprechend melden kann.

Kurz zusammengefasst: Es braucht wirklich eine Reorganisation, eine Ergebnisoffenheit für neue Prozesse. Vielleicht braucht es auch zusätzliche Investitionen,

ein erhöhtes Budget. Und dann kommen Sie doch zu uns, geschätzte Regierungsrätin Fehr, zusammen mit dem Regierungsrat, wenn hier offensichtlich auch noch Gelder gebraucht werden... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

*René Isler (SVP, Winterthur):* Vorgreifend einfach noch kurz zur Chronologie, was mir da unterstellt wurde: Also zuerst waren die Versäumnisse im Justiz- beziehungsweise Strafvollzug. Dann gab es diese dringliche Interpellation und dann kam es in die GPK; dies einfach so, damit wir da nicht irgendwie Äpfel mit Birnen verwechseln. Und zur Sachlichkeit: Man kann es schon drehen, wie man will, man stellt einfach fest, dass auch unter der heutigen Justizdirektion der Strafvollzug beziehungsweise Justizvollzug nicht zur Ruhe kommt. Natürlich gab es in den letzten Jahrzehnten immer wieder mal ein besorgniserregendes Einzelereignis innerhalb des Strafvollzugs, bei dem auch damals alle sicherheitsrelevanten Systeme versagt haben. Aber im jüngsten Fall haben alle verantwortlichen Personen unisono versagt und so den Zürcher Justiz- beziehungsweise Strafvollzug in ein sehr schlechtes Licht gerückt. Es ist bezeichnend, dass seit dem Abgang des ehemaligen Amtsleiters aus dem JuWe (*Thomas Manhart*) wieder vermehrt erschreckende Sicherheitspannen im Strafvollzug publik werden und das nach aussen Dringende für die Bevölkerung in unserem Kanton nicht gerade vertrauensfördernd daherkommt. Eventuell müsste die zuständige Direktion sich wieder vermehrt ihrer einstigen Grundhaltung – die war nämlich vorhanden – und den sachlichen Anregungen ihrer direkten Amtsuntergebenen widmen, als die eigene politische Klientel zu bewirtschaften. Auch wenn es nur ganz wenige Personen sind, die dort im Justizvollzug arbeiten und die sich kriminell verhalten, ist das ein Umstand, der so – da sind wir uns, glaube ich, einig – nie und nimmer geduldet werden darf und schon längst mit gezielten Sicherheitsmassnahmen hätte unterbunden werden sollen. Man muss das Personal nicht jeden Tag bis auf die Unterhosen kontrollieren, aber einfach Stichproben machen, wie es andere Ämter auch tun. Ich zum Beispiel war über Jahre als «Tiger» bei der Swissair (*ehemalige Schweizer Fluggesellschaft*), später bei der Nachfolgerlinie SWISS als «Tiger»-Sicherheitsbeauftragter innerhalb des Flugzeuges tätig. Auch wir mussten uns bei jedem zweiten oder dritten Flug einem Sicherheitscheck unterziehen. Ein Body-Scanning wurde bei uns gemacht, damit mit der Schusswaffe, die wir jedes Mal abgeben und wieder neu fassen mussten, nichts anders hineingeschmuggelt werden konnte. Es wäre also möglich.

Was mich am meisten irritiert, ist tatsächlich, das auf Seite der Direktion postuliert wird, dass keinerlei Sicherheitskontrollen beim Personal mehr vorgenommen werden sollten. Begründet wird dies von offizieller Seite damit, dass Kontrollen beim Personal sehr schädlich wären und als ultimatives Misstrauensvotum gegenüber dem Personal verstanden würden. Dem ist aus meiner Sicht entgegenzuhalten, dass bei einer solchen Personalpolitik eklatante Sicherheitslücken und gefährliche Situationen entstehen beziehungsweise entstehen können. Es ist unumstösslich, dass jeder Missbrauch das Ansehen aller Beschäftigten auf schwerste Art beschädigt und der Strafvollzug vollends in ein ganz schiefes Licht gerückt wird. Gelegentlichen unangekündigten Kontrollen müssen sich nach meiner Meinung

alle Personen unterziehen, egal, ob Aufsichtspersonen, Kader oder gar Direktionspersonen. Wirklich dramatisch wird es aber dadurch, dass Gefangene nicht nur mit geschmuggelten Handys telefonieren oder zu Betäubungsmitteln kommen, sondern dass sich die schmuggelnden Aufsichtspersonen dadurch korrumpieren lassen und damit von den Gefangenen allenfalls auch zu anderen kriminellen Gefälligkeiten gezwungen werden können.

*Thomas Marthaler (SP, Zürich):* Die Tonalität heute Morgen hat mir nicht sehr viel Freude gemacht. Besser hat mir das Votum von Florian Heer gefallen, der den Justizvollzug in ein Licht gestellt hat, so wie er halt wirklich ist. Denn die Realität ist folgende: Wer ist schon gerne eingesperrt – niemand – und aus dieser Situation, aus dieser Realität ergibt sich auch das Spannungsfeld. Was wünscht man sich am meisten, wenn man eingesperrt ist? Man wünscht sich etwas, das man nicht haben kann, das man nicht erreichen kann. Und natürlich ist dieses Spannungsfeld eines der Haupttopos im Gefängnis. Und wenn ich gehört habe, dass diese Vorkommnisse sehr schlecht wären für den Standort Zürich oder eben für die Justiz und dass sie den Platz Zürich in ein schlechtes Licht stellen würden, logisch. Aber wo gearbeitet wird, passieren Fehler. Ich weiss nicht, was für eine Erwartung, die Dame Rogenmoser und der liebe Herr Isler haben. Er ist ja jetzt zum Glück pensioniert und muss sich nicht mehr selbst diesen rigorosen Massnahmen unterziehen, die er auch hatte. Als Polizist musste er ja auch diese schwierigen Aufgaben übernehmen, die sich im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit jeden Tag ergeben. Auf jeden Fall finde ich es ein bisschen unfair, wenn da so geschimpft wird, denn, liebe FDP: Ihr habt auch Menschen in der Justizvollzugskommission. Wir tagen morgen wieder und werden da immer wieder informiert, was so gemacht wird und was nicht gemacht wird, wo die Probleme liegen. Und da werden wir offen informiert. Herr Biber (*Michael Biber*) von der FDP wird morgen auch an dieser Sitzung teilnehmen, Frau Hofer (*Jacqueline Hofer*) ist von der SVP dabei. Und wenn geschimpft und geweint wird, dass die Staatsanwälte hilflos zuschauen müssten, wie ihnen quasi die Felle davonschwimmen bei den verurteilten Menschen, Verbrechern, weil der Fisch vom Kopf her stinke und das irgendwie schlecht gemanagt würde: Wir haben ja nach dem Parteienproporz die Personen in den Staatsanwaltschaften, in den Oberstaatsanwaltschaften, und die können auch Einfluss nehmen auf den Justizvollzug im Kanton Zürich, und das machen sie auch, liebe Frau Rogenmoser und Herr Gantner, Sie haben ja das Problem festgestellt. Ihr habt also auch Parteikollegen, die da Einfluss nehmen können und auch informiert werden. Und ich denke, wir dürfen den Ball etwas flacher halten, denn der Justizvollzug ist nicht so schlecht in der Schweiz und in Zürich sowieso nicht. Und es ist ein Problem, das sich überall stellt. Mein Eindruck – ich war jetzt zehn Jahre in dieser Kommission –, mein Eindruck bezüglich der Gefängnisse im Kanton Zürich ist eigentlich relativ gut. Denn es ist natürlich eine beklemmende Sache, eingesperrt zu sein. Und eine Resozialisierung ist ja Ziel und Zweck des Justizvollzugs und gelingt der Direktion relativ gut und dem Amt JuWe ziemlich gut, und daran sollen wir arbeiten, statt den Zürcherinnen und Zürchern Angst zu machen, wie unsicher unser Kanton sei.

Also wenn wir Probleme haben, dann kommen die sicher nicht aus den Gefängnissen und machen uns das Leben madig und schlecht. Wir haben ganz andere Probleme in unserem Kanton als den Justizvollzug.

*Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht):* Lieber Thomas Marthaler, als ehemaliger Schwergewichts-Meister, ich weiss nicht, ob du auch Laienprediger bist am Sonntag. Du wärst nicht der erste ehemalige Boxer, der das wäre, und es hat sich eben so angehört. Ja, wenn die Puppen tanzen, Thomas Marthaler, wenn die Puppen tanzen und man es im Land draussen hört, dann gibt es eine Reaktion. Und ich denke, so weit war es, ist es hoffentlich nicht mehr, und deshalb gibt es eine Reaktion. Und Frau Yuste, viel Lärm und Brimborium: Ich weiss, dass Sie in der Stadt Zürich etwas lärmsensitiv sind, Frau Yuste, deshalb haben Sie ja das Feuerwerk jetzt abstellen wollen (*gemeint ist ein Vorstoss im Gemeinderat der Stadt Zürich für ein Feuerwerksverbot am Züri Fäscht*), den Schweizern das auch noch verbieten wollen von ihrer Verbotspartei aus. Aber da würden Sie vielleicht besser beim Gefängnis auch etwas hinschauen, Frau Yuste, und nicht so sensitiv reagieren wie jetzt. Nein, Florian Heer, mit Inhalt, Qualität und Umfang kann man hier nicht einverstanden sein. Und ich muss Ihnen das sagen, nicht als JUKO-Mitglied (*Justizkommission*), vor allem nicht ohne Wissen im Detail – ich dürfte hier ja sowieso nichts erzählen –, aber ich kann Ihnen sagen, ohne Wissen im Detail von irgendetwas: Wenn eine Interpellation eingereicht wird und ein paar Tage später dann die Justizdirektorin in der Justizkommission steht, dann muss ich sagen, habe ich kein Vertrauen in diese Justizdirektorin. Ich sage es jetzt gerade so. Die hätte nämlich vorher kommen müssen und nicht nachher. Was ist das für eine Regierung? Was ist das für eine Justizdirektion, die erst reagiert, wenn aus dem Volk eine Reaktion kommt, wenn die Puppen tanzen, Thomas Marthaler? Da ist das Problem und das hat nichts mit Wahlkampf zu tun. Das hat damit zu tun, dass jetzt die lieben Linken, die sonst immer laut rufen, wenn irgendetwas nicht gut ist – AOZ (*Asylorganisation Zürich*) haben wir gerade vorher gehört (*im Zusammenhang mit der Behandlung von KR-Nr. 196/2022*) –, wo es, wenn es denn auch noch zutreffen würde, was Sie gesagt haben, wahrscheinlich noch ein paar Deckel höher ist, dort wird der Deckel darübergerlegt. Nein, das geht nicht. Und Frau Regierungsrat, so geht es nicht.

*Markus Bischoff (AL, Zürich):* Es liegt ja jetzt wirklich nicht an mir und auch nicht an der Alternativen Liste, den Justizvollzug zu verteidigen, aber ich muss jetzt doch noch ein paar Sachen klarstellen: Ich meine, diese Interpellation ist ja in einem extrem schnoddrigen Stil abgefasst. Es wurde gesagt, wer heute noch dem Begriff «Wärter» für das Gefängnispersonal verwendet, der hat einen sehr merkwürdigen Menschenbegriff. Und auch die Antwort oder die Stellungnahme der Interpellantin, das war ja eine absolute verbale Kraftmeierei. Nur gründete diese verbale Kraftmeierei auf null Inhalten. Und zu verbaler Kraftmeierei greift man nur, wenn man nichts zu sagen hat, dann übertüncht man so die eigene Ignoranz.

Nur zwei Anmerkungen zum Schmuggel: Schmuggel ist permanent in einem Gefängnis. Wir haben hier drin auch schon darüber diskutiert, dass die Pöschwies (*Strafvollzugsanstalt*) Wald roden möchte, weil man aus diesem Waldstück Handys über die Mauer wirft. Unsere Fraktion war natürlich dagegen, dass man da Wald rodet, aber das ist ein immanentes Problem. Und Herr Gantner hat gesagt, es müsse wie im Flughafen Nulltoleranz sein. Ich begreife es, Herr Gantner war wahrscheinlich noch nie in der Pöschwies, aber ich war schon öfters dort drin. Und sogar ich als Verteidiger werde rigoros kontrolliert und muss meine automatische Uhr, die nicht einmal digital ist, abgeben. Ich darf nicht einmal mit meiner Uhr in die Pöschwies gehen, weil ja heute jede Uhr auch ein Handy oder ein Computer sein könnte. Also das sind rigoroseste Sicherheitsmassnahmen, sie sind viel strenger als im Flughafen; das einfach zur Realität, wo wir heute stehen.

Und jetzt wurde gesagt, dass das Gefängnispersonal schmugge, stehe in einem Zeitungsartikel. Vielleicht ist das so. Und es ist einfach so, dass das Personal schlussendlich immer die Schwachstelle und ein Problem ist. Das war zum Beispiel schon in den 90er-Jahren so, damals hat das Personal in einem Bezirksgefängnis einen Bordellbetrieb eingerichtet. Die Beteiligten mussten dann alle entlassen werden. Es gibt immer wieder Verfehlungen, und die Frage ist: Wer kontrolliert die Kontrolleure? Wollen Sie eine Geheimpolizei, die sie kontrolliert? Diese Frage kann man sich stellen. Aber es ist immer die Anfälligkeit: Wenn man anfällig oder korrupt ist, ist es eine Frage der Schulung und es ist insbesondere auch eine Frage der Bezahlung. Wenn die Leute nicht so gut bezahlt werden oder wenn sie sich in einem Betrieb nicht gut behandelt fühlen, dann werden sie korrupt. Und in einem Gefängnis haben sie noch das ganz besondere Problem von Nähe und Distanz. Sie sind ja extrem nahe mit diesen Leuten, die sie beaufsichtigen müssen, und das ist eine schwierige Aufgabe. Das ist nicht einfach und das ist anfällig. Aber hier einen systematischen Missstand zu sehen, das ist einfach herbeigeredet und blöde Stimmungsmache.

*Nicola Yuste (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal:* Ja, ich mache es ganz kurz, aber es stimmt, Herr Amrein, ich bevorzuge Inhalt vor Lärm, nur leider habe ich von Ersterem von Ihnen gar nichts gehört. Und Herr Isler, auch von Ihnen wünsche ich mir einfach einmal Fakten. Sie haben es noch einmal betont, dass es mit der neuen Amtsleiterin (*Mirjam Schlup*) wohl zu irgendwelchen Veränderungen gekommen sei, können Sie das bitte belegen? Ich habe mich nämlich bemüht zu recherchieren und rein gar nichts gefunden ausser Medienberichten über Schmuggelfälle, die es einfach immer schon gab – unter jeder Amtsleitung. Also ich hätte bitte gerne Fakten und eine sachliche Diskussion.

*Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal:* Frau Yuste hat mir vorgeworfen, ich hätte hier keinen Inhalt beigebracht. Ja Frau Yuste, Sie sind doch auch Kommissionsmitglied irgendeiner Kommission. Ich weiss zwar nicht, welcher, ich habe es nicht nachgeschaut, aber ich gehe davon aus, dass wenn Sie, wenn Sie Mitglied einer Aufsichtskommission wären, auch lieber den

Regierungsrat oder die Regierungsrätin in der Kommission hätten, bevor irgendeine Interpellation gemacht im Kantonsrat gemacht wird, und nicht nachher. Genau das habe ich gerügt, Frau Yuste. Was hat das mit keinem Inhalt zu tun? Weil es sich um Ihre Regierungsrätin handelt und nicht um eine andere, die sie jetzt frontal angreifen könnten? Das ist das Gleiche, wie wenn der engste Mitarbeiter von Herrn Berset (*Bundesrat Alain Berset*) in der «Kiste» ist. Der Tagi (*Tages-Anzeiger*) berichtet ganz klein und die anderen berichten gar nicht. Stellen Sie sich mal vor, es wäre jemand anders gewesen, es wäre ein Mitarbeiter von Herrn Maurer (*Bundesrat Ueli Maurer*) gewesen. Und genauso machen Sie es jetzt hier wieder, es ist das alte Spiel Ihrer Partei. Und bis zu einem gewissen Teil müssen Sie das ja auch: Sie müssen sich vor die Regierungsrätin stellen, die hat ihre Arbeit nicht getan.

*Regierungsrätin Jacqueline Fehr:* Zuerst vielleicht ein Wunsch: Ich würde es sehr begrüßen, wenn jene Fraktionen, die jetzt besonders kritisch waren mit dem Justizvollzug, sich mal eine Stunde in der Fraktion reservieren würden, um einen Gefängnisdirektor oder eine Gefängnisdirektorin, eine Amtsleiterin einzuladen, eine Person, die weiss, wie es im Justizvollzug funktioniert, die wirklich dort arbeitet und die Zusammenhänge aufzeigen könnte, eine einzige Stunde in der Fraktion, und wir dann wieder darüber sprechen könnten. Die Menschen im Justizvollzug haben es nicht verdient, dass politisch faktenfrei über ihr Arbeitsfeld diskutiert wird. Es wurde heute Morgen weitgehend faktenfrei diskutiert.

Die letzten beiden Jahre waren die ereignisärmsten Jahre im Zürcher Justizvollzug, die ereignisärmsten Jahre. Selbst wenn heute – gerade heute Morgen – eine Aktion durchgeführt wurde, die ich angedeutet habe, und – weil sie erfolgreich zu Ende geführt werden konnte mit Verhaftungen in drei Kantonen, ausgehend von einem Vorfall in der Pöschwies – ich jetzt darüber berichten kann, auch wenn man dieses Ereignis hinzurechnet, sind es die ereignisärmsten Jahre. Der Kanton Zürich hat den ereignisärmsten Justizvollzug, gemessen an der Anzahl Inhaftierter und der Anzahl Bewegungen – den ereignisärmsten! Dies wohl unabhängig von der politischen Führung in der Justizdirektion. Das sind die Fakten.

Heute Morgen wurde eine Aktion durchgeführt, bei der die Polizei zuvor im Auftrag der Staatsanwaltschaft über Wochen ermittelt hat. In diesen Wochen kam tatsächlich viel Substanz ins Gefängnis. Ähnlich war es in Zürich. Während den Ermittlungen wurde der Schmuggel weitergeführt. Deshalb kam es natürlich dazu, dass mit diesen geschmuggelten Handys auch gearbeitet werden konnte. Aber der Justizvollzug durfte nichts machen, weil die Strafverfolgung es ihnen wegen der Ermittlungen verboten hatte. Ihnen waren die Hände gebunden. Sie konnten nicht handeln, sie mussten zuschauen und es aushalten. Und das mit der Konsequenz, dass sie anschliessend diese Kritik von Ihnen im Kantonsrat faktenfrei über sich ergehen lassen müssen. Meine Damen und Herren, die Welt ist etwas komplizierter als in zehn Fragen in einer schludrig verfassten Interpellation niedergeschrieben. Und wenn ich einen Wunsch habe, einen einzigen Wunsch: Setzen Sie sich mit dem Justizvollzug auseinander und treffen Sie Menschen, die damit wirklich zu tun haben, täglich Verantwortung übernehmen. Und denken Sie

daran, dass wir wahrscheinlich nicht die richtigen Leute als Aufseher und Betreuerinnen finden würden, wenn sie täglich gefilzt würden und man ihnen mit Misstrauen begegnen würde. Vielen Dank.

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* Besten Dank. Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.